From: Janto Just <janto.just@online.de>
Sent: Wednesday, July 6, 2022 10:04:11 AM
To: Boehling, Gerhard <Gerhard.Boehling@schortens.de>
Subject: Antrag auf Überarbeitung der Potenzialstudie

Antrag auf Überarbeitung der Potenzialstudie

Sehr geehrter Herr Böhling,

für den Rat am Donnerstag stelle ich den Antrag, die Potenzialstudie Windenergie noch einmal zu überarbeiten.

Begründung:

Die Zielvorgaben von Land und Bund für Schortens werden darin falsch wiedergegeben. Sie betragen seitens des Landes nicht 1,4% unserer Stadtfläche bis 2030, sondern nach dem aktuellen Winderlass des Landes von 2021, wie für alle Kommunen in NDS, 7,05% unserer Potenzialfläche. Diese 7,05% Potenzialfläche benötigt das Land von jeder Kommune, um in Summe, im Ergebnis, 1,4% der Landesfläche für Windenergie zur Verfügung zu haben. Da die Kommunen unterschiedlich strukturiert sind, soll dafür aber gerade nicht jede Kommune 1,4% ihrer Gesamtfläche zur Verfügung stellen, Schortens also auch nicht, sondern 7,05% ihrer Potenzialfläche. Der eine Wert schließt den anderen Wert als Vorgabe aus – außer bei den Kommunen, in denen 7,05% ihrer Potenzialfläche zufällig 1,4% ihrer Gesamtfläche entspricht.

Das ist in Schortens nicht der Fall. Bei uns machen 7,05% der Potenzialfläche 0,93% der Stadtfläche aus, so dass wir nicht 1,4% unserer Fläche bereitstellen sollen, sondern 0,93%, ein Drittel weniger. Wenn das neue "Wind-an-Land"-Gesetz der Bundesregierung mit seinen erhöhten Flächenanforderungen an die Länder in Kraft tritt, wird die Vorgabe für Schortens, adäquat nach Potenzialfläche („Leistungsfähigkeit“ der Kommunen) herunter gebrochen, entsprechend nicht 1,7% unserer Stadtfläche bis Ende 2026 lauten, wie in der Studie falsch dargestellt wird, sondern, vom Landesziel 1,4% auf 1,7% hochgerechnet, 8,56% unserer Potenzialfläche (= 77,39 ha), das sind dann 1,13% der Stadtfläche, also wiederum ein Drittel weniger als die vom Planungsbüro suggerierten 1,7%.

Diese 1,13% Stadtfläche (77,39 ha) können wir allein durch Repowering im Windpark Ostiem und Hinzunahme eines zweiten Windparks Klein Ostiem erreichen bzw. deutlich übertreffen. In Ostiem sind mit den vom Planungsbüro empfohlenen Abstandsverringerungen bis zu 59 ha möglich, in Klein Ostiem (Fläche IVa) 40 ha, zusammen also 99 ha oder 1,44% unserer Stadtfläche. Zur Erfüllung der Landesvorgaben wird ein dritter Windpark in Hohewarf also nicht benötigt. So stellt es die Potenzialstudie, weil sie höhere Flächenvorgaben suggeriert (bis Ende 2026 1,7%), aber dar.

Natürlich kann man diesen 3. Windpark in Hohewarf und dafür die Verringerung der Abstände zu gleich 3 Ortschaften im Außenbereich "politisch wollen" und auch so beschließen, aber in der Potenzialstudie darf zur Begründung nicht stehen oder suggeriert werden, die Zielvorgaben von Bund und Land verlangten es so und ließen keine andere Möglichkeit.

Denn das ist definitiv falsch und stellt dann einen "erheblichen Abwägungsfehler" gegen die Belange Wohnwert und Landschaftsbild dar, der bei gerichtlicher Prüfung die gesamte Windpark-Planung ungültig machen kann, wozu eine überzogene und den Bürgern zu nahekommende Windpark-Planung geradezu herausfordert. Wenn die Planung kippt, verzögert sich auch das Repowering in Ostiem und der neu in Klein Ostiem Richtung Dykhausen geplante Windpark liegt ebenfalls auf Eis, bei einem Rechtsstreit über mehrere Instanzen möglicherweise für Jahre.

Die Stadt ist also doppelt gut beraten, wenn sie die Potenzialstudie noch einmal überarbeiten und korrigieren lässt: Erstens mit Rücksicht auf die eigenen Bürger, vor allem im Außenbereich, und zweitens für eine rechtssichere Planung und um den politisch gewollten Ausbau der Windenergie nicht unnötig zu gefährden.

Bei der Gelegenheit sollten dann auch die bestimmten, mit konkreten Flächenwerten hinterlegten gesetzlichen Anforderungen an eine rechtssichere Konzentrationsplanung, die sich aus dem "Wind-an-Land"-Gesetz ergeben, übernommen und veraltete, unbestimmte, hilfsweise der Rechtsprechung entlehnte Anforderungen wie "der Windkraft Raum geben" ersetzt werden. Künftig müssen nicht mehr Einkreisungsversuche von diversen Seiten um den schwer zu fassenden Begriff des "substanziellen Raums" herum unternommen werden. Künftig ist es für eine rechtssichere Planung einzig und allein erforderlich, die vom Bund gesetzten und über die Länder herunter gebrochenen Flächenziele zu erfüllen. Es ist keineswegs erforderlich und bringt für eine rechtssichere Planung auch keine Vorteile zu versuchen, dann noch weiter gehenden Flächenempfehlungen (wie den in der Potenzialstudie suggerierten 1,4%, 1,7% oder 2,2% unserer Gesamtfläche) möglichst „näher“ zu kommen. Wir sollten uns nicht in ein Hamsterrad stecken lassen. Wenn unsere Planung die tatsächlich und bestimmt gesteckten Ziele erreicht und den üblichen gesetzlichen Anforderungen entspricht, wird sie von der zuständigen Behörde (bei uns vom Kreis) genehmigt, Punkt, und mit dieser Genehmigung entfällt automatisch die Privilegierung im Außenbereich sowie der Anspruch auf Einbeziehung weiterer Flächen. Zu einer vor Gericht anfechtbaren "Verhinderungsplanung" kann es nicht kommen, da eine solche Planung erst gar nicht in Kraft treten kann. Es kann nur passieren, dass unsere Planung bei Nichterreichen konkreter Flächenvorgaben nicht genehmigt wird oder dass ältere Planungen, die diese Vorgaben nicht mehr erfüllen, nach entsprechender Feststellung durch die Genehmigungsbehörde ihre Rechtskraft verlieren. In beiden Fällen würde die Privilegierung greifen, aber erst nach angemessenen Fristen, in denen eine nicht genehmigte Planung nachgebessert, eine unterlassene nachgeholt oder eine veraltete erneuert werden kann, so dass die uns gegenüber auch gern in den Raum gestellte Gefahr von „Wildwuchs“ übertrieben und unangebracht ist.

Freundliche Grüße
Janto Just
Freie Bürger